

Gülle – Genug ist genug

Wegen zu hoher Nitratgehalte in deutschen Gewässern hat die EU-Kommission die letzte Stufe eines Vertragsverletzungsverfahrens eingeleitet. Sie verklagt Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof, denn die Bundesregierung hat es versäumt, strengere Maßnahmen gegen die Gewässerverunreinigung durch Nitrat zu ergreifen und damit die europäische Nitratrichtlinie von 1991 missachtet. Es drohen Strafzahlungen in dreistelliger Millionenhöhe.

Beim Stickstoff sind die Grenzen der Belastbarkeit von Boden und Wasser längst überschritten. In den letzten Jahren stiegen die Stickstoffwerte in Boden und Wasser wieder an und verfehlen dabei erneut die auf europäischer Ebene vereinbarten Umweltziele. Die Bundeslandwirtschaftsminister der CSU haben diese Entwicklung in den letzten Jahren mit ihrer Politik noch befeuert: Exportorientierung, Marktliberalisierung und überdimensionierte Tierhaltungsanlagen treiben die Industrialisierung der Landwirtschaft auf Kosten der Allgemeingüter Wasser, Boden und Luft sowie der bäuerlichen Landwirtschaft weiter voran. Die Richtung der konventionellen Landwirtschaft ist damit vorgegeben: Nur wer Höchstserträge für möglichst billige Rohstoffe auf Kosten des Naturhaushalts erwirtschaftet, ist überlebensfähig. Wer nicht mitmacht, verliert – Geld und später den Hof.

Insbesondere bei der Gülle ist vielerorts das Maß weit überschritten. Viele Tierhaltungsbetriebe besitzen nicht die nötigen Flächen – immer mehr Gülle wird auf den Äckern entsorgt.

Die Grünen im Bundestag und die unterzeichnenden Landesministerinnen und -minister der Grünen für Landwirtschaft und Umwelt fordern deshalb die Bundesregierung auf:

1. **Jetzt handeln:** die Novellierung der Düngegesetzgebung nicht weiter verschleppen sondern jetzt endlich zum Abschluss bringen;
2. **Vollzug ermöglichen:** eine effiziente Kontrolle des Düngerechts durch die zuständigen Behörden ermöglichen und dazu Regelungen zum Abgleich von Daten aus landwirtschaftlichen Erhebungen schaffen;
3. **Stickstoff begrenzen:** klare Ausbringungsobergrenzen für Gesamtstickstoff inklusive Gärresten (z.B. aus Biogasanlagen) und Mineraldünger festlegen;
4. **Einträge gezielt senken:** Nährstoffeinträge flächendeckend senken; für so genannte rote Gebiete mit hoher oder steigender Nitratbelastung den Ländern Kompetenzen zur Anordnung weitgehender spezifischer Maßnahmen zur Reduzierung der Belastung einräumen wie z.B. erweiterte Gewässerrandstreifen oder spezielle Maßnahmen für den Gemüsebau;
5. **Stickstoffbilanzen transparent gestalten:** die Nährstoffbilanzierung in Form einer Hoftorbilanz (d.h. die relevanten Betriebe bilanzieren, was an relevanten Nährstoffen in den Betrieb eingebracht und durch ihn ausgebracht wird) schrittweise für alle Betriebe verpflichtend einführen um das Verursacherprinzip durchzusetzen.
6. **Keine Bestrafung der Weide- und Freilandhaltung:** Die besonders tier- und umweltgerechte Form der Auslaufhaltung darf nicht durch die Anhebung der Anrechnung von Stickstoffemissionen weidender oder auf Stroh gehaltener Tiere konterkariert werden. Mit den Vorschlägen des BMEL wird die

ganzjährige Stallhaltung gefördert und damit das für Umwelt und Klimaschutz kostbare Grünland weiter zurückgedrängt.

Ziel der Düngegesetzgebung muss es sein, schnell eine wirksame Reduzierung der Nitrateinträge – insbesondere in den Regionen mit hoher Tierdichte - in die Umwelt zu erreichen ohne bäuerlich-nachhaltig wirtschaftende Betriebe und tiergerechte Haltungsverfahren wie Freilandhaltung über Gebühr zu belasten. Statt langer Übergangsfristen sollten die Betriebe durch zielgerichtete Förderprogramme beispielsweise für die Anschaffung neuer Ausbringungstechniken, die Stickstoffemissionen vermindern, unterstützt werden.

Dr. Claudia Dalbert, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie Sachsen-Anhalt

Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und Ländliche Räume Schleswig-Holstein

Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Hessen

Ulrike Höfken, Staatsministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten Rheinland-Pfalz

Jens Kerstan, Senator für Umwelt und Energie Hamburg

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Niedersachsen

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen

Anja Siegesmund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz Thüringen

Dr. Anton Hofreiter MdB, Fraktionsvorsitzender

Oliver Krischer MdB, stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Peter Meiwald MdB, Sprecher für Umweltpolitik

Friedrich Ostendorff MdB, Sprecher für Agrarpolitik